

Strukturen im ländlichen Raum grün modernisieren

Strukturen im ländlichen Raum grün modernisieren

Als Folge des demografischen Wandels werden in Deutschland in Zukunft weniger und vor allem ältere Menschen leben. Aber nicht alle Regionen sind in gleicher Weise von dieser Entwicklung betroffen. Während es vor allem um die großen Ballungszentren herum prosperierende Gegenden gibt, haben andere bereits seit Jahren massiv mit den Auswirkungen von Abwanderung und Alterung zu kämpfen. Bisher war dies vorrangig ein Problem ostdeutscher Städte und Regionen, jetzt ist auch verstärkt Westdeutschland betroffen. Die damit einhergehenden Wechselbezüge zu Fragen der technischen Infrastruktur und der Raumordnung sind beachtlich. Es bedarf In diesem Positionspapier sind die grünen Ansätze für die technische Infrastruktur sowie die räumlichen Voraussetzungen im ländlichen Raum skizziert. Die Problematik der sozialen Infrastruktur und der Gesundheitsversorgung werden ausführlich in gesonderten Papieren behandelt.

FRAKTIONSBESCHLUSS VOM 15.01.2013
**» STRUKTUREN IM LÄNDLICHEN RAUM GRÜN
 MODERNISIEREN**

 **BÜNDNIS 90
 DIE GRÜNEN**

**RÄUMLICHE VORAUSSETZUNGEN UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR IM
 DEMOGRAPHISCHEN WANDEL**

Sachverhalt

Als Folge des demografischen Wandels werden in Deutschland in Zukunft weniger und vor allem ältere Menschen leben. Aber nicht alle Regionen sind in gleicher Weise von dieser Entwicklung betroffen. Während es vor allem um die großen Ballungszentren herum prosperierende Gegenden gibt, haben andere bereits seit Jahren massiv mit den Auswirkungen von Abwanderung und Alterung zu kämpfen. Bisher war dies vorrangig ein Problem ostdeutscher Städte und Regionen, jetzt ist auch verstärkt Westdeutschland betroffen.

Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wirken sich bereits heute stärker auf die Leben und die Versorgung in ländlichen Regionen aus. Die demografische Entwicklung verstärkt die finanzielle Abwärtstrends, gerade für Gemeinden in strukturschwachen Regionen. Weniger Einwohnerinnen führen zu sinkenden Einnahmen – etwa aus Steuern, der Länderfinanzenhilfe oder durch die sinkende Einwohnerzahl. Auf der Ausgabenseite erhöht eine alternde Bevölkerung die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen. Zudem sind strukturschwache und vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen mit erhöhten Inhaberdichten belastet. Hier kommt die sogenannte Kostenintensivierung zum Tragen, die das Phänomen beschreibt, dass die Ausgaben einer Gebietskörperschaft für eine bestimmte kommunale Leistung nicht in dem Maße sinken, wie diese durch den Bevölkerungsrückgang gutgehen sind. Die Folge sind steigende Fix-Kopf-Ausgaben der Gemeinden. Dies gilt auch für die sozialen Leistungen, wie z.B. der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, die mit der Alter werdenden Gesellschaft zunehmen.

Kleinere kommunale Ressourcen zwingen Gemeinden, freiwillige Leistungen anzupassen. Wir fordern deshalb, die staatlichen Einnahmen der Gemeinden zu stärken und sie bei sozialen Pflichtleistungen zu unterstützen.

Interkommunale Kooperationen sind ein wichtiger Baustein für die Sicherstellung der kommunalen Dienstleistungen, um Synergie und Kompetenzen vor Ort zu bündeln. Hier bestehende Rechtsunsicherheiten und steuerliche Hindernisse müssen beseitigt werden.

Der demografische Wandel kann aber auch ein Anlass für innovative Zukunftslösungen sein. Dazu brauchen wir mehr, flexible Denkanstöße und grundlegende Modernisierungsprozesse, damit sich regionale Marktchancen und neue Perspektiven für die Bürgerschaft entwickeln können. Bei regionalen Abstimmungsprozessen müssen die Bedingungen vor Ort stärker berücksichtigt werden. Wir brauchen eine Politik, die sich nicht alleine an den wirtschaftlichen Kennzahlen einer Region orientiert, sondern die voranschreitend ländliche Regionen dabei unterstützt, ihren Bewohnern eine gut funktionierende Infrastruktur bereitzustellen. So werden Lebensqualität und Wohlfühlend auch außerhalb der Ballungszentren gewährleistet und erhöht.

Um die Regionen bieten viele Vorteile, die sich nicht in Zahlen wie dem Wirtschaftswachstum messen lassen. Vielmehr machen Umweltqualität, soziale Teilhabe und Zusammenhalt ländliche Regionen so lebenswert. In diese Stärken muss investiert werden.

Wir wollen, dass ländliche Regionen auch zukünftig lebenswert für ihre Bewohnerinnen bleiben. Wir halten am im Grundgesetz verankerten Prinzip der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ fest. Das

Quelle: <http://www.ekin-deligoez.de/?id=3002304>

© Ekin Deligöz, MdB 2019